

und demokratischer Staat, in dem das von Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und Militaristen befreite werktätige Volk seine Geschicke selbst bestimmt und ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufbaut.

In seinem Glückwunschsreiben anlässlich der Gründung der DDR würdigte J. W. Stalin die Bedeutung der Gründung der DDR mit den folgenden Worten:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, das Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“¹

Die geschichtlichen Tatsachen der verflochtenen 15 Jahre haben die Richtigkeit dieser Feststellung bestätigt. Mit der Schaffung der DDR ist auf deutschem Boden, mitten im Herzen Europas, ein festes Bollwerk des Friedens entstanden, an dem die Wellen des Militarismus und Revanchismus zerschellen. Mehr noch, die Existenz der DDR hat den Aktionsradius des deutschen Imperialismus und Militarismus nicht nur bedeutend eingeengt, sie bildet zugleich die Basis und den Kraftquell des Kampfes für ein wiedervereinigtes friedliebendes und demokratisches Deutschland.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg besteht darin, daß sich die Perspektive für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und dem sowjetischen Volk eröffnet hat. Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß sich die Freundschaft mit der Sowjetunion stets zum Wohle für das deutsche Volk ausgewirkt hat. Die Beziehungen der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit, die heute zwischen der DDR und der Sowjetunion bestehen, bieten die sichere Garantie dafür, daß die großen Errungenschaften des deutschen Volkes, die die DDR verkörpert, für alle Zukunft gesichert sind. Die weitere Festigung und Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion, die zugleich ein wichtiges Unterpfand für die Sicherung des Friedens in Europa darstellt, ist daher ein Eckpfeiler der Außenpolitik der DDR.

Unsere Freundschaft zur Sowjetunion hat tiefe Wurzeln. Sie wuchs bereits in den Jahren des zweiten Weltkrieges, als sich der Kampf der deutschen Patrioten gegen das Hitlerregime mit dem Kampf der Sowjetarmee vereinigte.

Nach der Zerschlagung des Hitlerregimes erstarkte und entfaltete sich die Freundschaft des demokratischen Deutschland zur sozialistischen Sowjetunion auf einer neuen Grundlage im Prozeß der gemeinsamen Anstrengungen und der Zusammenarbeit zur raschen Überwindung der Kriegsfolgen und zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

Die gesamte Politik, die die Sowjetunion als Sieger- und Besatzungsmacht in Deutschland durchführte, beruhte auf den Leninschen Prinzipien der Außenpolitik eines sozialistischen Staates, dessen höchstes Anliegen es ist, den Frieden in der Welt zu sichern und das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker zu gewährleisten.

Als die Siegermächte auf der historischen Potsdamer Konferenz zur Beratung über das Nachkriegsschicksal Deutschlands zusammentraten, war es die Sowjetunion, die sich entschieden gegen die westlichen Pläne der Zerstückelung Deutschlands wandte und die Erhaltung seiner politischen und staatlichen Einheit forderte; sie trat als Sachwalter der wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes auf.²

Die im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten festgelegten politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Politik der Alliierten in bezug auf Deutschland tragen den Stempel der sozialistischen Prinzipien der Deutschlandpolitik der Sowjetunion und des demokratischen Völkerrechts. Das Potsdamer Abkommen ist gerade deshalb „als die Magna Charta einer friedlichen Nachkriegsentwicklung Deutschlands in die Geschichte eingegangen“.³

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung fand seine Verankerung im Potsdamer Abkommen in der folgenden Feststellung:

„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“ (Abschnitt III, Präambel)

Als notwendige Voraussetzungen für die Erreichung dieses Zieles stellte das Potsdamer Abkommen folgende Hauptaufgaben: Entmilitarisierung, Entfaschisierung und Entmonopolisierung.

Diese Konzeption des Potsdamer Abkommens entsprach den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes und stimmte mit den Zielen überein, die sich die demokratischen deutschen Kräfte selbst zur Überwindung des Faschismus und Militarismus und zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung gestellt hatten.⁴

Eine Analyse der Maßnahmen, die die Sowjetunion als Besatzungsmacht in Deutschland durchführte, läßt vor allem einen Grundzug klar hervortreten:

Die Schaffung solcher Bedingungen, die es den demokratischen Kräften des deutschen Volkes erlaubt, die Gestaltung eines neuen Lebens so schnell wie möglich in die eigenen Hände zu nehmen. Wilhelm Pieck kennzeichnete diesen Zug der sowjetischen Deutschlandpolitik mit den Worten:

„Als Vertreter eines sozialistischen Landes orientierte sich die sowjetische Besatzungsmacht auf die Kräfte des werktätigen Volkes, auf die Arbeiter, Bauern und fortschrittliche Intelligenz ... Das werktätige Volk hat in der sowjetischen Besatzungsmacht einen Freund, während ihm in den westlichen Besatzungsmächten der Klassenfeind gegenübersteht.“⁵

Der Prozeß der Förderung und Entwicklung der nationalen Selbständigkeit und Eigenverantwortung des deutschen Volkes begann mit dem sofortigen Aufbau der Verwaltungen in den Städten und Gemeinden, Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone sowie der Bildung und Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Schon im Herbst 1946 fanden die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Kreis- und Landtagen statt. Im Februar 1948 entstand mit der Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission ein zentrales Organ, das gesetzgeberische und Verwaltungsfunktionen in sich vereinigte und den gesamten wirtschaftlichen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone leitete und im November 1948 durch die Einbeziehung von Vertretern der Bevölkerung und der Parteien und Massenorgani-

Staat. Vgl. Bittel, Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 14.

3 Stefan Doernberg, Die, Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959, S. 52.

4 vgl. Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, Deutsche Volkszeitung vom 13. Juni 1945; Gemeinsame Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945, Tägliche Rundschau vom 15. Juli 1945.

5 Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Band II, Berlin 1950, S. 201.

1 „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1949, Extra-Ausgabe.

2 Die amerikanische Delegation forderte auf der Potsdamer Konferenz die Aufteilung Deutschlands in drei selbständige Staaten, einen süddeutschen, westdeutschen und norddeutschen